

# Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker,  
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Mk. (ohne Postgebühren), bei Zusendung unter Kreuzband 1,70 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Petitzelle 40 Pfg.

Schriftleitung:

Berlin O., Rüdersdorferstraße 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Nummer 47.

Berlin, den 22. November 1908.

9. Jahrgang.

## Inhaltsverzeichnis.

**Arbeitslosigkeit.** — Eine Schreckenskatastrophe im westfälischen Industriegebiet. — Rundschau: Christliche Gewerkschaften und konfessionelle Arbeitervereine. Gegen die beabsichtigte Besteuerung der Konsumvereine. In einer lebhaften Abwehrbewegung. „Wählt alle die Kandidaten der Sozialdemokratie.“ In einer schwierigen Lage. Eine aufgelöste Organisation. Schrittmacher bei Scharfmacher. Wie sehr sich die Bautätigkeit im laufenden Jahr verringert hat. Die Gewerkschaften. — Wirtschaftliche Bewegung. — Verbandsnachrichten: Etwas über Hauskassierung. Bettelwäch. Dichtenbusch. Unterbimbach. — Aus Arbeitgeberverbänden. — Soziale Wahlen. — Briefkasten. — Von den Arbeitsstellen. — Bekanntmachungen. — Sterbetafel.

## Arbeitslosigkeit.

I.

Ein inhaltsschweres Wort, manch erschütterndes Drama in sich bergend. Gesund, arbeitsfreudig und bestrebt sein, durch ehrliche Arbeit sich und die Seinen durchs Leben zu bringen, und trotz aller Bemühungen keine Arbeit zu bekommen, ist etwas Furchterliches. Niemand anders kann die Seelenstimmung eines unverschuldet arbeitslosen Menschen so verstehen, wie der Arbeiter selbst, am meisten aber wieder der, der selbst schon einmal den Begriff „arbeitslos“ durchstiftet hat. Und solcher gibt es vor allem in den Kreisen der Bauhandwerker und Arbeiter sehr, sehr viele. Bringt doch schon die Natur des Berufes viel Arbeitslosigkeit mit sich. Aber auch darüber hinaus leiden die Bauhandwerker mit am ersten unter der durch allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang hervorgerufenen Arbeitslosigkeit, denn im Baugewerbe machen sich in der Regel die Folgen des allgemeinen Konjunkturschwunds zuerst empfindlich bemerkbar. Kein Wunder, daß besonders die Bauhandwerker aufhorchen, wenn das Problem der Arbeitslosigkeit und seine Bekämpfung sowie die Fürsorge für die unverschuldet Arbeitslosen erörtert werden.

Wir haben die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit selbst, das heißt, die Erscheinungen in unserem Wirtschaftsleben, die zur Arbeitslosigkeit führen, in den Vordergrund gestellt. Das ist ja auch zu natürlich. Denn einen vollen Ersatz für den aus der Arbeitslosigkeit dem Arbeiter entstehenden Schaden wird man wohl niemals bieten können. Dann aber auch bringt das Drachtlegen von Arbeitskräften große Verluste für die gesamte Menschheit. Jeder, der im Wirtschaftsleben der großen Völkerfamilie tätig ist, arbeitet an dem wirtschaftlichen Fortkommen der Gesamtheit, hilft die Kulturgüter vermehren. Ein Arbeitsloser führt also, wenn auch wider Willen, ein parasitäres Leben; denn er zehrt — wenn man ihn nicht verhungern lassen will — von dem allgemeinen Volksvermögen, ohne ein Erhalter, geschweige denn ein Mehrer desselben zu sein. Die Gesamtheit hat somit ein wesentliches Interesse an der Beseitigung der Ursachen der Arbeitslosigkeit.

Das ist nun allerdings leichter gesagt, wie getan. Bei einer noch so geregelten Volkswirtschaft wird die Arbeitslosigkeit niemals sich vollständig verhindern lassen. Kriege, Missernten, Wechsel der Moden sind Dinge, die immer in Rechnung gezogen werden müssen. Desgleichen die Witterungsverhältnisse. Und wer wollte behaupten, daß jemals ein vollständiger Ueberblick des Weltmarktes sich erzielen lasse! Mit einem höhnenenden Hinweis auf die Produktionsanarchie der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und die erstösende Wirkung der sozialistischen Gesellschaft wird auch nur eine agitatorische Formel ausgesprochen. Soll die Produktion genau nach dem Verbrauch eingerichtet werden, so müßte sich der Letztere erst mal genau zahlenmäßig erfassen lassen. Und gesetzt den Fall, es gelänge der Sozialdemokratie, den Verbrauch der Menschheit an einem bestimmten Termin genau festzustellen, und der Verbrauch der gesamten Menschheit müßte genau erfasst werden, weil auch in einer sozialdemokratischen Gesellschaft die Güter des einen Weltteils mit dem anderen ausgetauscht werden müßten; denn nicht alle Bedarfsartikel können in jedem Weltteile hervorgebracht werden; wir nennen nur Baumwolle, Kaffee, Petroleum und so fort, kann nicht morgen oder andere Woche schon eine Umwälzung im Verbrauchslieben stattgefunden haben! Man denke nur an den steten Wechsel der Moden und des Geschmacks, von den Umwälzungen in der Technik ganz zu schweigen. Wollte man die Herstellung der Waren (Produktion) aber stets dem Verbrauch (Konsum) anpassen, so müßte die Produktion der stets wechselnden Konsumtion in gleich abgemessenen Schritten vorausgehen; denn erst werden Waren hergestellt und dann verbraucht. Man braucht nur einen Augenblick ruhig nachzudenken, um sofort die Unmöglichkeit zu erkennen, immer die Produktion dem Konsum der Völker genau anzupassen. Wir müssen uns also damit abfinden, daß ein beherrschendes Weltrecht über den internationalen Warenmarkt beim besten Willen sich nicht erzielen lassen wird.

Damit soll allerdings nicht gesagt sein, daß die Menschheit vollständig machtlos den Ursachen der Arbeitslosigkeit, soweit sie im Wirtschaftsleben selbst liegen, gegenübersteht. Eine gute, den Schwünbel gewissenloser Spekulanten bekämpfende Gesetzgebung kann vieles vereiteln. Nimm doch beispielsweise die gegenwärtige Krise ihren Lauf in Amerika vor etwa Jahresfrist. Alle Welt weiß, daß sie stark einsetzte durch den großen vorjährigen amerikanischen Kupfercrash, der nur eine Folge der Manöver gewissenloser amerikanischer Kupferspekulanten war. Und eine Handelsgesetzgebung, die vor einer Ueberschneidung des heimischen Marktes durch billige ausländische Erzeugnisse, mit denen unsere Industrie nicht konkurrieren kann, schützt — eine Sozialpolitik, die die große Masse der Arbeiter konsumkräftig macht — starke gewerkschaftliche Organisationen, die durch den Abschluß der Tarifverträge Stabilität der Löhne geben und dadurch auch regelnd auf die Konkurrenz der Unternehmer einwirken — eine entsprechende Kartellgesetzgebung, die vor allem verhindert, daß in den Zeiten der Depression die kartellierten Kapitalgehaltigen der heimischen weiterverarbeitenden Industrie die Preise ihrer Rohprodukte hochhalten, sie der ausländischen Konkurrenz aber zu Schleuderpreisen abgeben, zum Schaden der heimischen Produktion: sind alles Faktoren, die regelnd im Wirtschaftsleben wirken können. Sie hindern wenigstens das plötzliche und scharfe Einsetzen von wirtschaftlichen Krisen mit der großen Arbeitslosigkeit im Gefolge, was immerhin ein gewaltiger Erfolg sein würde, wenn auch an ein vollständiges Hintanhalten von Konjunkturschwankungen niemals zu denken sein wird, soweit menschliche Voraussicht reicht.

Müssen wir uns als praktische Menschen somit einerseits damit abfinden, die Arbeitslosigkeit niemals vollständig bannen zu können, weil wir gegen viele ihrer Ursachen fast vollständig machtlos sind, so können wir doch andererseits verlangen, daß man für die unglücklichen Opfer der Arbeitslosigkeit sorgt. Denn ein Recht auf Existenz hat der Mensch, ein unantastbares Recht, das unendlich heiliger ist, wie das Recht auf Eigentum. Und die Gesellschaft, die nur auf demselben Rechtsboden existieren kann, wie der einzelne Mensch, hätte deshalb alle Ursache, dem Mute nach Existenzmitteln der arbeitslosen Bevölkerung willig ihr Ohr zu leihen und jene energisch zur Ordnung zu rufen, die mit allerlei banalen Nebensachen sich über den Notschrei der Arbeitslosen hinwegsetzen zu können glauben.

Die vornehmste Hilfe leistet man dem Arbeitslosen durch Beschaffung von Arbeit. Das war auch der Leitgedanke der Diskussion, die in Anknüpfung an die Arbeitsloseninterpellationen im Reichstage, am 13. und 14. November d. J., gepflogen wurde. Der Staatssekretär des Reichsamts des Innern teilte dabei mit, was seitens der Einzelstaaten und des Reichs auf diesem Gebiete bereits geleistet sei, und was noch geschehen solle. In den Reichs- und Staatsbetrieben seien nicht nur keine Arbeiter entlassen, sondern noch neue eingestellt worden, und es sei im allgemeinen nicht beabsichtigt, die Betriebe in nächster Zeit einzuschränken. Die preussische Eisenbahnverwaltung mit ihren 487 000 Arbeitern habe zwar den Betrieb etwas einschränken müssen, aber keine Arbeiterentlassungen vorgenommen. Was die Vergabe staatlicher Aufträge anlangt, so würden Anordnungen getroffen, die Vorbereitungen derselben so zu beschleunigen, daß sie unmittelbar nach der Genehmigung des Etats für 1909 in Angriff genommen werden könnten. Zu der Anregung des Abgeordneten Pieper, in gewissem Umfange einen Notetat zu erlassen, könne er, der Staatssekretär, sich noch nicht äußern, da er sich dazu erst ins Benehmen mit der Reichsverwaltung sehen müsse. „Im einzelnen hat“, so führte der Staatssekretär nach dem Reichstagsberichte wörtlich weiter aus, „die Heeresverwaltung zur Vinderung der Arbeitsnot Aufträge an die Maschinen- und die Textilindustrie gegeben in Höhe von 80 000 Mk zur Vinderung der Not der Handwerker. Die Post- und Telegraphenverwaltung hat angeordnet, daß, soweit es irgend die Witterung gestattet, an den begonnenen Bauten weiter gearbeitet werden soll; die Marineverwaltung hat Anweisung gegeben, alles, was ihr aus Bewilligungen zur Verfügung steht, möglichst aufzubrauchen. Von den preussischen Verwaltungen werden die Eisenbahnen ihre Bautätigkeit in besonderem Umfange weiter steigern. Es ist doch gewiß ersichtlich, daß sich in Preußen die Mittel, welche für Eisenbahnbauten zur Verfügung gestellt wurden, von 146,8 Millionen im Jahre 1903 auf 338 Millionen im Jahre 1908 gesteigert haben. Das ist doch ein sehr bedeutender Betrag, zu dem die Eisenbahnverwaltung Arbeit zu schaffen in der Lage ist. Durch Erlass vom 8. August ist bereits seitens der Eisenbahnverwaltung eine Erhöhung der Bautätigkeit angeregt worden. Die preussische Bauverwaltung hatte für 1908 64 Millionen zur Verfügung; auch dieser Betrag wird nutzbar gemacht werden, um den Arbeitslosen, soweit sie bei Bauten in Frage kommen, weitere Beschäftigung zu geben. Alle diese Anordnungen im Reich wie in Preußen sind schon vor der Einbringung der Interpellationen getroffen worden.“

Bezüglich der Ausländerfrage bemerkt der Staatssekretär weiter, daß, als die Arbeitslosigkeit stark eingesetzt habe, die Anordnung getroffen worden wäre, überall da Kolonien inländischer Arbeiter bei dem Bau des Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin einzurichten, wo es irgend zur Befriedigung der Nachfrage nach Arbeit geboten erschiene.

Wir wollen nicht prüfen, ob das Reich und die Einzelstaaten nicht noch mehr hätten tun können; aber mit unserem Kollegen, dem Reichstagsabgeordneten und Arbeitersekretär Weder (Christl. Metallarbeiterverband), sind wir einer Meinung, als dem Staatssekretär antwortete, angesichts des außerordentlichen Notstandes, müßten Reich und Einzelstaaten noch mehr außerordentliche Mittel anwenden zur Beschaffung von Arbeit.

Aber auch die Gemeinden sollen möglichst Arbeitsgelegenheit schaffen. Was da bis jetzt alles geschehen ist, wissen wir nicht, da eine zusammenfassende Veröffentlichung darüber u. W. nicht besteht. Die Arbeiter sollten aber allerorts an die Gemeindeverwaltungen herantreten, eventuell durch öffentliche Versammlungen einen sanften Druck ausüben, damit auch diese, die so vieles zur Beschaffung von Arbeit tun können, ihre Pflicht erfüllen.

## Eine Schreckenskatastrophe im westfälischen Industriegebiet.

Der Bergbau im westfälischen Industriegebiet ist um eine Schreckenskatastrophe reicher. 360 braver Knappen sind jäh aus dem Leben gerissen worden, inmitten fleißiger Arbeit, im Kampf und Sorge für Weib und Kind. Noch zittern die Mähenngelnde von der Grube Needen im Saarrevier und Currieres in Frankreich in unseren Herzen nach, und nun schon wieder dies grauenhafte Ereignis. Als der Telegraph die erste Kunde davon hinaus ins Land trug, da hofften Millionen von Menschen noch, daß es wenigstens gelingen würde den größten Teil zu retten. Umsonst! Das Schicksal hatte unbarmerzig jeden Rettungsanker vernichtet, und auch der größte Heilsmut der Kameraden, die ihren Brüdern Hilfe in Not und Tod bringen wollten, war vergebens.

Rabbod! Dieser Name erlangte eine traurige Berühmtheit, vor allem in der Arbeiterchaft, und im besonderen in der Bergarbeiterchaft. Die Begebe ist erst neueren Datums und gehört der Bergwerksgesellschaft Erier an. Am Abend des 11. November waren 382 Knappen mit fröhlichem „Glück auf“ in den Schacht eingefahren, der eine Tiefe von 717 Meter bis zur ersten Sohle hat. Die nach dem nördlichen Westfalen vorgeschobenen Bechen haben infolge der Senkung des Gebirges diese hohe Tiefe; der Wärmegrab ist infolgedessen ein sehr hoher, teilweise müssen die Bergarbeiter in einer Höhe von 38 Grad arbeiten. Das erhöht selbstverständlich auch die Gefahr. Das Unglück ereignete sich morgens 1/4 Uhr, und wurde die gewaltige Explosion auf der Schachtoberfläche vernommen. Lassen wir über die Katastrophe ein Stimmungsbild der „Rölnischen Volkszeitung“ reden:

„Ein frohlicher Novembertag ist zur Rüste gegangen. Das Stampfen und Hämmern werkstätigen Betriebes, das den kohlensaubigen, rauchigen Industriebezirk tagsüber erfüllt, hat nachgelassen; gedämpfterer Lones klingt nur noch hier und da die Sprache der Arbeit hinein in den Frieden der Nacht, denn in den meisten Hütten- und Walzwerken ist Ruhepause bis zum Erwachen des neuen Tages. Aber während hier oben der Lärm verhallt, wird tief unten in der Erde Schach, in den Gängen und Klüften der Bergwerke weitergeschafft in nimmermüder Hast. Der Nachmittagsdämmerung ist die Abendschicht gefolgt. Nach kurzem Abschied von den Lieben bageim sind die Knappen hinausgewandert in den Abend. In frischem Takt klappern die nägelbeschlagenen Arbeitsschuhe über den Boden der Landstraße; vorüber an den vereinzelten am Wege hingestreckten Bauernhöfen und Einwohnerhäusern geht's in Gruppen zum Schacht, vor dessen düsteren Obertagsgebäuden gespenstlich die flimmernden Grubenlichter wie im Irrwischanz sich hin und her bewegen. Die Nacht beginnt. Von den Rippen der einjahren Kameraden klingt der Bergmannsgruß Glückauf. Ein kurzes, hartes Signal am Anschlag, der Förderkorb faust in die Tiefe. So ist's Abend für Abend. So war's auch gestern. Kaum einer von denen, die mit unter den Todgeweihten auf der Bege Rabbod waren, wird des Schicksals gedacht haben, das seiner wartete, denn der Bergmann weiß, daß er stets sein Totenkleid trägt, wenn er zur Grube hinabfährt. Ständige Gewohnheit ertötet Furcht und Grauen im Herzen des Knappen. Furchtlos und schaffensfroh ist die Bergschicht der Abendschichtler ans Werk gegangen; mit fester Hand haben sie Hämmer und Häufel geführt, herweil über ihnen im Klüftigen Gestein schon das Berberben lauerte.

Über Tage tönt in das Gischen der Dampfrohre von Zeit zu Zeit ein Signal, das einen neuen Haub freischgefördeter schwar-

ger Diamanten ankündigt. Der Maschinist im Förderhause blickt auf das Beissen und reguliert mit kühnlicher Hand die Steuerung. Und die Wetterführung, die den Bergleuten frische Luft zuflüßelt und die schädlichen Dünste zu Tage ausbläst, ist in eines wackelnden Mannes Hand gegeben, der aufmerksam auf den Depressionsmesser am Ventilator achtet.

Da — was ist das? Ganz plötzlich schlägt der Zeiger auf Null, um gleich darauf zuckend zurückzugehen. Ein Sturmzucken war es, das Kunde gab von schrecklichem Unglück. Der Blechschlag der Stundenglocke wird überdönt von dem bangen langgezogenen Geheul der Dampfströme. In den Stützen ringsum schreit das zu ungewohnter Zeit gegebene Signal die Schläfer. Auf dem Rechenpflanze ist bald Bewegung. Der eine ruft's dem andern zu, daß ein Unglück geschehen ist im Schacht und daß viele, viele Bergleute in Not sind. Und als nach raschem Witterungswechsel der frostigen Nacht ein nebelsschwerer trüber Morgen folgt, verbreitet sich auch in der Nachbarschaft die Kunde von dem Entsetzlichen, das sich im Schacht ereignet hat. Inzwischen sind Hilfen, Telegraph- und Fernsprecher am Werk gewesen, Hilfe herbeizurufen. Die Ärzte der Stadt kommen in Automobilen zum Unglücksort. Leider lassen schon die ersten Rettungsveruche erkennen, daß wenig Hoffnung besteht, den 360 im Schacht eingeschlossenen Hilfe zu bringen. Aber dennoch wird's gewagt.

Mutig, der eigenen Lebensgefahr nicht achtend, steigen die Helfer in den Schacht hinab. Der Förderkorb bringt in langsamem Fahrt nur traurige Frucht zutage. Derjenigen, die unverletzt das Licht wiedersehen, sind verschwindend wenige. Meist sind es Tote und Schwerverletzte, die vom Förderkorb gehoben und auf wettertauchbedeckten Bahnen dahergetragen werden. Die Toten, die von der Gewalt der Explosion vielfach arg zerschlagen wurden, finden ein schnell bereitetes provisorisches Lager im Maschinenhaus. Die Verwundeten werden, nachdem die Ärzte ihnen die erste Hilfe haben angeheilen lassen, in die Hammer Krankenhäuser gebracht. Die Hiffer der Opfer wächst von Stunde zu Stunde. Draußen auf dem Rechenpflanze haben sich Hunderte von Menschen angesammelt, unter ihnen zahlreiche Angehörige von Bergleuten, die mit zur Unglücksstätte gehörten. Auf verzweiflungsvollen Mienen spiegelt sich die Angst um den Vater, Gatten, Sohn oder Bruder. Bei jedem neuen Sub Toter oder Verwundeter kommt es zu herzzerreißenden Szenen.

Die zutage Geföhrten sind sämtlich Arbeiter, die auf der dritten Sohle beschäftigt gewesen sind. Auf dieser Sohle hat die Explosion, die, wie man annimmt, auf der zweiten Sohle ihren Ursprung gehabt, und von da auf die beiden anderen Sohlen sich fortgepflanzt hat, am stärksten gewirkt. Immerhin ist aber auch hier die Ernte furchtbar gewesen.

Bei den Rettungsarbeiten äußerte sich wieder in schöner Weise das Solidaritätsgefühl und der Opfermut der Belegschaften, nicht nur der von der Katastrophe betroffenen, sondern auch der benachbarten Beizen. Von allen Seiten rückten im Laufe des Vormittags Rettungsmannschaften heran; u. a. fanden die Beizen der Wendel, Scharnhorst, Monopol, Grillo, Grimberg und Berne ihre Mannschaften. Auch die Wackeren von Courrières, die Rettungsmannschaft der Bergwerksgesellschaft Hibernia, sowie diejenige von Rheinische, waren zur Stelle. Ebenso hatte die Bochumer Bergschicht eine mit der Hilfeleistung in nicht atemberaubender vertraute Mannschaft gesandt, die von Tauchermeister Korte geführt wurde. Die Weisfällische Trahtindustrie hatte auf die Nachricht hin, daß der Schacht in Flammen stehe, eine Schichtmannschaft zur Verfügung gestellt. Aber leider, so fest und stark auch auf allen Seiten der Wille zu hilfreicher Tat war, so unüberwindlich erwiesen sich die Schwierigkeiten, die dem tapferen Vollen sich entgegenstellten. Durch die Wucht der Explosion waren die Spurlatten im Schacht zerrissen, und es war außerdem die Wasserleitung im Schacht II zertrümmert worden, die zunächst wieder instand gesetzt werden mußte, da sonst ein Vorgehen unmöglich gewesen wäre. Und als man schließlich glaubte, vordringen und den eingeschlossenen Hilfe bringen zu können, wechelten die Flammen, die den Schacht erfüllten, den Wackeren den Zutritt.

Die Rettungsmannschaften fanden bei 60 bis 200 Meter alles in Brand. Nach Süden war überhaupt kein Durchkommen. Die zweite Sohle, auf der etwa 150 Bergleute arbeiteten, war am Fallort zu Bruch gegangen, so daß für die Belegschaft dieser Sohle von vorneherein wenig Aussicht auf Rettung vorhanden war. Auch auf den beiden anderen Sohlen ist vieles zerstört worden. Während man in den Vormittagsstunden noch hoffte, die dort arbeitenden Bergleute retten zu können, schwand mit dem Vorrücken des Feuers auf Mittag diese Hoffnung mehr und mehr, und als nachmittags die leitenden Beamten nach dem unumkehrlichen Schicksal der noch unten Befindlichen befragt wurden, bedeutete ein bekümmertes Schmelzen den Trägern, daß man alle Vergeblichkeit so gut wie verloren gegeben habe. Dieser Ansicht gab es alle ersehene Bergleute Ausdruck, die auf dem Unglücksort tätig sind. Es wurde davon gesprochen, daß bei dem herrschenden Braude in der Grube nichts anderes übrig bleiben werde, als die brennenden Schächte abzuhämmern und den Schacht unter Wasser zu setzen. Tatsächlich wurde auch Wasser in den Schacht eingelassen; diese Maßnahme hat jedoch, wie der auf der Grube anwesende Belegschaftsführer des Bergbauvereins, Herr v. Löwenstein, den Vertretern der Presse erklärte, lediglich den Zweck, ein Uebergreifen des Feuers auf den Rechenpflanze zu verhindern.

Der Rechenpflanze hat um diese Zeit ein trübes Bild. Dem Schachtbau entspricht unabweisend großer heftiger Lärm, der von dem auf eine Entfernung von 10000 Kubikmeter eingerichteten Ventilator zu Tage gedrückt wurde. Ueberall zeigte sich die harte Arbeit, welche sich mit dem aufsteigenden Verbrennen und kochte sich unerbittlich auf die Lunge der Bergleute, die auf dem erdbebenerschütterten Pflanze geduldig anstarrten, um Kunde von dem Schicksal der Vermissten zu erhalten. Welcher Art hier Kunde sein wird, dürfte nach allem, was man hört, kaum noch gerechnet sein.

Explosion war keine Landung, leider nur zu wahr. Der Schacht war im Schicksal an dem Unglück? Neben Vermutungen über die Ursache, die es herbeiführte, ist es nun eine harte Arbeit...

explosion handelt. Solche Explosionen setzen eine starke Staubentwicklung voraus, der durch Feuer seine Entzündung findet. Nur durch Feuchtigkeit ist dieser Staubbildung entgegenzuwirken, was vermittelst Wasserleitung, die sogenante Vernebelung, geschieht. An dieser Vernebelung soll es gescheit, ja, es soll die größte Trockenheit in der Grube geherrscht haben. Auch wird berichtet, daß ein Beamter auf diesen Zustand aufmerksam gemacht habe, allerdings, ohne Gehör zu finden. Bereits 14 Tage vorher, hatte eine Explosion, ohne größeren Schaden anzurichten, stattgefunden. Es wäre geradezu frevelhafter Leichtsinns, ja verbrecherisch, wenn das zutrifft. Hier ist die allerstrenge Untersuchung am Platze, und unnachsichtige Bestrafung der Schuldigen. Worauf es vor allen Dingen aber ankommt, ist: wie kann in Zukunft solchen Unglücken vorgebeugt werden? Das ist nun möglich, wenn den Wünschen der Bergarbeiter Rechnung getragen wird, durch ein Reichsberggesetz und die Einsetzung von Arbeiterkontrollleuten.

In den Reihen der Bergarbeiter, wie auch der Hammer-Bevölkerung herrscht die tiefste Erbitterung, da sie das Unglück auf unangebrachte Sparbarkeit seitens der Rechenverwaltung zurückführt. Diese Erbitterung kam zum Ausdruck, als im Auftrage unseres Kaisers Prinz Eitel-Friedrich an dem Unglücksort eintraf. „Reichsberggesetz“, „Mißstände“, „Dreihundert Tote“, mit diesen Klagen wurde er empfangen. Eine Deputation wurde vorstellig bei ihm, die ihm die Wünsche der Bergarbeiter vortrug, worüber der Prinz Bericht dem Kaiser zu erstatten versprach. Eine Reihe von Kundgebungen, die das tiefe Mitgefühl mit den armen Bergleuten zum Ausdruck brachten, liefen ein. Ebenso werden allerorts Sammlungen für die Hinterbliebenen veranstaltet. Der Kaiser stiftete 24 000 M., Prinzregent Luitpold von Bayern 3000 M., ebenso haben bereits eine Reihe von Städten namhafte Summen gezehnet. Aus allem spricht das tiefe Mitgefühl mit den Opfern der Katastrophe. Im Reichs- und Landtag sind bereits Interpellationen eingegangen, die von der Behörde Ausschluß sowohl über das Unglück selbst, wie auch darüber, was in Zukunft zur Verhütung geschehen soll, verlangen.

Proletarierlos! Wie viele Tränen und wieviel Elend mischt sich da hinein. Hunderte von Frauen und Witwen, Väter und Kinder, jammern an der blutig zerstückten Leiche ihrer Angehörigen. Gesund ging er vor ein paar Stunden hinaus — und nun — und nun? Tot, der Mund rebet nicht mehr, das Schicksal hat einen unbarmherzigen Strich durch das Leben gezogen. Und der Anblick einer solchen Bergarbeiterleiche ist neben der tiefen Tragik geradezu furchtbar. Wer das einmal im Leben gesehen, vergißt das nie, das legt eine Wunde, die nicht wieder vernarbt. Helfen wir die armen Hinterbliebenen nach Kräften unterstützen. Möge das Unglück aber auch die Arbeiter an ihre Selbsthilfe ermahnen, ebenso der Gesellschaft ihre Pflichten vor die Seele führen, — die Gesellschaft, für die der Bergarbeiter im Schoße der Erde den schwarzen Diamanten gräbt.

## Rundschau.

**Christliche Gewerkschaften und Konfessionelle Arbeitervereine.** Eine Bezirkskonferenz unseres Verbandes, die am 8. November in Oberhausen tagte, nahm zu Vorstehendem folgende Resolution an:

„Die Konferenz der Zahlstellen des christlichen Bauhandwerkerverbandes vom Niederrhein begrüßt die Stellungnahme, welche größtenteils von den konfessionellen Vereinen den christlichen Gewerkschaften gegenüber eingenommen wird, auf das freudigste. Die Konferenz erachtet es für notwendig, daß dieses gute Verhältnis in Zukunft erhalten werde, daß sich dieses jedoch nur dann voll entwickeln kann, wenn das Verhältnis beider Organisationen auf Gegenseitigkeit beruht. Die Konferenz empfiehlt daher den Mitgliedern des christlichen Bauhandwerkerverbandes den Anschluß an die konfessionellen — katholischen und evangelischen — Arbeiter- und Gesellenvereine, da diese Organisationen innerhalb der christlichen Arbeiterbewegung sich gegenseitig zu ergänzen berufen sind.“

Mögen unsere Mitglieder dessen immer gedenken sein.

**Gegen die beabsichtigte Besteuerung der Konsumvereine** nahm eine Konferenz der Beamten-Konsumvereine und der Arbeiter-Konsumvereine von Ahl- und Westfalen und Hessen-Rassau, die aus der christlichen Arbeiterbewegung hervorgegangen sind, am 8. November in Düsseldorf Stellung. An der Konferenz nahmen 150 Delegierte teil, die 49 Vereine mit 50 000 Mitgliedern vertraten. Nach einem ausführlichen Referat von Herrn Biffels (Eisen) wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

### Resolution.

In Verfolg der Protestversammlungen der Beamten- und solcher Arbeiter-Konsumvereine, die aus der christlich-nationalen Arbeiterbewegung hervorgegangen sind, des Aachener Bezirks am 26. Juli, des rheinisch-westfälischen Industriegebietes am 20. September, des M.-Glabbacher Bezirks am 4. Oktober d. J. gegen die im preussischen Landtage erfolgte Ausnahmehandlung der Konsumvereine in steuerrechtlicher Beziehung erheben die am 8. November in Düsseldorf im Paulushaus versammelten Vorstände genannter Konsumvereine aus Ahl- und Westfalen und Hessen-Rassau, die 49 Vereine mit über 50 000 Mitgliedern vertreten, erneuten schärfsten Protest gegen die von der Regierung vorgeschlagene Heranziehung der Konsumvereine zur Gesellschaftsteuer.

Die den untersten Volksschichten angehörenden Mitglieder der Konsumvereine müßten die bisherige Heranziehung ihrer Vereine zur Staatsinkommen-, Gemeinde-, Gewerbe- und Warenhaussteuer anstandslos aufheben, daß die Genossenschaften der Handwerker und Landwirte fast vollständig von Steuern befreit sind, als ein bitteres Unrecht empfunden.

In der Unterwerfung ihrer Vereine unter die geplante Gesellschaftsteuer erblicken die Mitglieder eine Maßnahme, die gleichbedeutend ist mit einer gewaltsamen Entziehung der Vereine und einer Enteignung der Sparstämme ärmster Staatsbürger.

Die Versammelten erblicken ferner in den bereits durchgeführten und den weiteren Maßnahmen zur Unterdrückung der Konsumvereine sowie in der Streikstellung derselben mit rein kapitalistischen Assoziationen eine totale Verkennung des gesellschaftlichen Wesens.

Die Konsumgenossenschaften, die als Wirtschaftsgenossenschaften nur zu ihre Mitglieder verkaufen dürfen, erzielen weder Gewinn, noch üben sie ein Gewerbe aus, wie es ganz richtig von dem Rationalökonom Professor Dr. Conrad in seinem Vorlesung zum Studium der Volkswirtschaft vertreten wird, ferner durch reichsgerichtliches Urteil vom 4. Oktober 1881 sowie durch Entscheidung des preussischen Kammergerichts vom 17. Dezember 1900 bestätigt worden ist. Die Konsum-

vereine beschränken sich vielmehr darauf, ihren meistens unbedeutenden Mitgliedern die Lebensbedürfnisse auf möglichst billige Weise zu verschaffen, um so Ersparnisse zu machen, die den einzelnen Mitgliedern wieder zugute kommen. Die bereits eingeführte und weiter vorgeschlagene unerhörte Belastung nicht einmal des Erwerbs, sondern der Ersparnis-ärmster Leute beweist, daß es sich nicht um eine nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit aufgebaute Steuermaßnahme, sondern um eine ungerechteste, eine Straf- und Unterdrückungsmaßregel schlimmster Art handelt.

Die Versammelten protestieren daher ganz entschieden gegen die bereits bestehenden und weiter vorgeschlagenen Konsumsteuern, die um so schärfer hervortreten, als doch alle übrigen Genossenschaften der Landwirte, Handwerker, Kleinrentner usw., sofern diese sich auf den Kreis ihrer Mitglieder beschränken, nicht nur von diesen Ausnahmesteuern verschont bleiben, sondern noch vielfach staatlich unterstützt werden.

Die Versammelten erwarten daher von dem Reichstagsrat (von den Herren Abgeordneten des preussischen Landtags, daß sie nicht nur die Regierungsvorlage ablehnen, sondern auch mit der bereits bestehenden Ausnahmesteuern, die von den weitesten Kreisen als ein bitteres Unrecht empfunden werden, aufträmen.

Der den Grundsatz: Gleiches Recht für alle! hochhält, wird den Wünschen der mehr als 1/4 Million deutscher Familien, welche sich den Konsumgenossenschaften angeschlossen haben, Gehör schenken müssen.

An die Mitglieder der Konsumvereine richten die versammelten Vorstände in der durch Arbeitslosigkeit und Teuerung doppelt so schweren Zeit den dringenden Appell, im Kampfe um Dasein sowie um die Existenz ihrer mühsam aufgebauten Genossenschaften nicht zu erlahmen.

In der genossenschaftlichen Treue und ausschließlichen Bemühung des eigenen Unternehmens werden wir uns bemühen die durch Verkennung der fundamentalsten Rechtsgrundsätze ergriffenen Maßnahmen des Abgeordnetenhauses und der Regierung scheitern.

**In einer lebhaften Abwehrbewegung** stehen gegenwärtig aller Orten die Tabakarbeiter gegen die von der Regierung geplante Tabaksteuererhöhung auf Zigarren usw., die 97 200 000 M. abwerfen soll. Die letzte Erhöhung der Steuer auf Tabak hatte zur Folge, daß rund 15 000 Arbeiter brotlos wurden. Heute schätzen Fachleute die zu erwartenden Arbeitslosen bis zu 50 000. Die Regierung selbst rechnet mit 10 Prozent Konsumrückgang, was rund 20 000 Arbeitslose geben dürfte. Man sieht daraus, wie sehr diese Frage die gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter berührt. Auch mit den „sozialen Gesichtspunkten“, mit denen die Regierung die Steuer schmachtlich machen will, ist es nichts. Wenn es auch schon klingt, daß Zigarren im Werte bis zu 7 Pf. 4 und 8 M. Steuer für tausend Stück zahlen sollen, während die teureren Sorten mit 16, 32, 64 und sogar 96 M. herangezogen werden sollen, so ist die Tatsache, daß 72 Prozent des gesamten Steuerertrages auf die Sorten bis zu 7 Pf. entfallen, der beste Beweis, wie die große Masse der minderbemittelten die Steuer bezahlen muß. Wie sehr auch das Schicksal der Tabakarbeiter von dieser Vorlage abhängt, geht daraus hervor, daß allein 85 Prozent der Gesamtanzahl der Zigarren entfällt, die bis zu 6 Pf. kosten. In richtiger Erkenntnis dieser Gefahr, die in sozialer und wirtschaftlicher Beziehung auch der Gesamtheit erwachsen müssen, haben zahlreiche Gemeindevertreter, Abgeordnete usw. sich gegen diese Steuer ausgesprochen. Auch die Fabrikanten sind lebhaft mit beweiskräftigem Material in der Abwehr tätig. Nur fällt dabei auf, daß ihnen der Zentralverband deutscher Importeure in den Rücken fällt. Auf seiner Generalversammlung sprach sich der bekannte Generalsekretär Buel dahin aus, daß die Fabrikanten die Last abwälzen könnten und den Arbeitern könnte dadurch zu Gemüte geführt werden, daß sie auch Pflichten gegenüber dem Staate hätten. Mit der Feste sehe man so keinen Arbeiter mehr. Diese bekannte Scharfmacherart, die im Arbeiter immer nur ein untergeordnetes Wesen sieht, richtet sich von selbst. — Mögen die Tabakarbeiter in diesem Kampfe, von dem viel für ihre Zukunft abhängt, Erfolg haben.

**„Wählt alle die Kandidaten der Sozialdemokratie“**, so schreibt der „Stuttteuer“, Organ des „freien“ Stuttteuerverbandes in einem Aufruf zu den Gemeindevätern an die bayerischen Arbeiter. In diesem Aufruf ist zweierlei interessant: 1. daß der „Stuttteuer“ sowohl das neue Gemeindevahlgesetz mit der Proportionalwahl für die Städte mit über 10 000 Einwohnern, wie auch das fortschrittliche Landtagswahlrecht als einen Erfolg der bayerischen Sozialdemokratie hinstellt; 2. daß das „freie“ Gewerkschaftsorgan „Der Stuttteuer“ offen für die Wahl sozialdemokratischer Kandidaten eintritt. Der Aufruf hat dabei den Fehler, daß er auf eine Dipierung der Arbeitermähler hinausgeht, und mit der Wahrheit auf stärkstem Kriegsfuße steht. Nur die eine Frage: Kann die sozialdemokratische Partei in Bayern überhaupt etwas aus eigener Kraft leisten? Nein, das kann sie nicht. Von 160 Abgeordneten hat sie nur 22, die übrigen Abgeordneten gehören den bürgerlichen Parteien an. Wenn also in Bayern wirkliche Fortschritte auf besagten Gebieten erreicht worden sind, und das ist so, dann entfällt das in erster Linie auf das Konto der bürgerlichen Parteien, und diesen stellt damit der „Jacobus“ des „Stuttteuer“ ein gutes Zeugnis aus. Sodann erlauben wir uns zu bemerken, daß Kollege Schirmer bereits im Jahre 1900 die Proportionalwahl forderte, was von dem leitenden Minister als absolut aussichtslos erklärt wurde. Mit dem Ruhm der bayerischen Sozialdemokratie ist es also nichts. Sodann ist auch die Rede von den wachsenden Schäden der Gemeindeväter, die ebenfalls auf das Konto der bürgerlichen Parteien gesetzt werden. Ach herrje! Wollte man wirklich boshaft sein, so sollte man allen Gemeinden für eine Zeit lang eine sozialdemokratische Herrschaft gönnen. Um das sozialdemokratische Gemeindeprogramm durchzuführen, ist versucht viel Geld nötig. Manchem roten Wähler könnten dabei die Augen übergehen. Und hat man nicht aus diesen Gründen die rote Mehrheit in Offenbach am Main und in Mühlhausen i. G. zum Tempel hinausgeschickt? Gewiß hat man das, aber daran ist die Sozialdemokratie nicht gem erimert. Wir tun es trotzdem, um eben die Wähler vor Schäden zu behüten. Der „Stuttteuer“ aber beweist wieder einmal, daß er weiter nichts ist, als wie ein sozialdemokratisches Parteiorgan.

**In einer schwierigen Lage** befindet sich in Hamburg der Zentralverband der Maurer Deutschlands gegenüber der „Freien Vereinigung der Maurer (Nordmaurer) Hamburgs“. Der jüngst durchgedrückte Ausschluß aus der sozialdemokratischen Partei, ein Beschluß, wonach Mitglieder erstgenannten Verbandes mit den Mitgliedern der „Freien Vereinigung“ nicht mehr zusammenarbeiten, auch deren Sperrten nicht respektieren sollen, alles das hat die „Freie Vereinigung“ nicht aus der Welt geschafft. Im Gegenteil, die Vereinigung geht sogar jetzt zum Angriff vor, wie folgende am 4. November im „Hammonias-Gesellschaftshaus“ zu Hamburg gefaßte Resolution beweist:

„In Ermüdung, daß der Zentralverband der Maurer Deutschlands, Zweigverein Hamburg und Umgegend, seit acht Jahren bestrebt ist, die Mitglieder der „Freien Vereinigung“ der Maurer Hamburgs“ von ihren Arbeitsstellen zu vertreiben, auch seinen Mitgliedern verboten hat, mit den Mitgliedern der „Freien Vereinigung“ zusammen zu arbeiten; in fernerer Ermüdung, daß der Zentralverband sogar das schärfste Mittel gebraucht hat, indem er die Baustellen, die von der „Freien



